

Hamburg G20 für Genossen

Die Hamburger SPD hat ihren Mitgliedern einen Katalog mit zwölf „Fragen und Antworten zum G-20-Gipfel in Hamburg“ gemailt. Er soll den Genossinnen und Genossen helfen, kritische Fragen von Mitbürgern zur Sicherheitslage während des Gipfels zu beantworten. Ob dies mit dem zwischen Peinlichkeit und Propaganda oszillierenden Fünf-Seiten-Papier gelingt, darf bezweifelt werden. Die Frage „Hat sich der G-20-Gipfel inhaltlich gelohnt?“ beantworten die Verfasser so: „Das Fazit ist gemischt.“ Als größten Erfolg werten sie „die Waffenruhe in Syrien“, die auf dem Gipfel bloß verkündet, nicht aber behandelt worden war. Zum G-20-Rahmenbefehl der Hamburger



Scholz

Polizei, in dem es heißt, „der Schutz und die Sicherheit der Gäste haben höchste Priorität“ (SPIEGEL 29/2017), und der unwahren Aussage des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz (SPD), es habe keine Priorisierung gegeben, finden sich nur Antwortstanzen. Eigentlich, so die Autoren, habe die Polizei „zu jeder Zeit“ alle schützen wollen. „Das hat in den meisten Situationen sehr gut funktioniert“, heißt es dort, offenbar mit einigem Realitätsverlust. „Leider“ habe es „bei einigen Angriffen etwas länger gedauert, bis die Polizei vor Ort war“. gla

Nordrhein-Westfalen Die Schweine der Ministerin

Der Bund der Steuerzahler kritisiert den Umgang der neuen nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerin Christina Schulze Föcking (CDU) mit Vorwürfen, die ihr als Betreiberin eines Schweinemastbetriebs im Münsterland gemacht werden. „Stern-TV“ hatte heimlich auf dem Hof gemachte Aufnahmen gesendet. Sie zeigen verletzte Schweine mit großflächigen Wunden, angebissenen Schwänzen und entzündeten Gelenken. Nach ihrer Ernennung zur Ministerin hat Schulze Föcking den Betrieb,

den sie zuvor gemeinsam mit ihrem Mann geführt hatte, an ihn übertragen. Presseanfragen ließ sie danach vom Sprecher ihres Hauses beantworten. „Befremdlich“ findet das Heinz Wirz, Vorsitzender des Steuerzahlerbundes in NRW, „es ist nicht die Aufgabe eines Ministeriums, Vorgänge im ehemaligen Betrieb einer Ministerin zu bearbeiten und zu kommentieren“. Hier würden Ressourcen des Landes zweckentfremdet. Schulze Föckings Sprecher zeigt sich inzwischen problembewusst. Man solle sich nun in dieser Sache an den Büroleiter ihres Abgeordnetenbüros wenden. Der hatte zuletzt noch ans Ministerium verwiesen. bas

Soziales Sinkende Nachfrage nach Rente mit 63

Die Zahl der Senioren, die sich für die abschlagsfreie Rente mit 63 entscheiden, ist im vergangenen Jahr gesunken. 2016 bewilligte die Deutsche Rentenversicherung insgesamt rund 225 000 neue Anträge, wie aus aktuellen Statistiken der Behörde hervorgeht. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Rückgang um 49 000 Neurentner (umgerechnet 18 Prozent). Die Sozialkasse führt die sinkende Nachfrage vor

allem auf die veränderten Altersgrenzen zurück, sie werden laut Gesetz in jedem Jahr um zwei Monate angehoben. Damit hätte sich der Kreis der Personen reduziert, die das Angebot in Anspruch nehmen können, heißt es bei der Deutschen Rentenversicherung. Außerdem sinke der Anreiz. 2014 wurde die Regel eingeführt, dass Versicherte nach 45 Beitragsjahren schon mit 63 ohne Abschläge in den Ruhestand wechseln können. Für 1954 Geborene liegt diese Grenze heute bereits bei 63 Jahren und 4 Monaten. cos

Bundespolizei Drohnen überm Gipfel

Die Bundespolizei hat beim Treffen der Staats- und Regierungschefs in Hamburg drei Drohnen eingesetzt. Die knapp fünf Kilogramm schweren Fluggeräte waren mit Video- und Wärmebildkameras ausgerüstet. Mithilfe der Drohnen überwachte die Bundespolizei vor allem Einrichtungen und Gleise der Deutschen Bahn, etwa das weitläufige Gelände des Rangierbahnhofs in Maschen bei Hamburg. Kurz vor dem G-20-Treffen hatten Unbekannte an mehreren Orten in Deutschland Anschläge auf Kabelstränge der Bahn verübt. „Der Einsatz von



Polizeidrohne

Drohnen wird bei vergleichbaren Groß- und Grenzlagen zum Standardrepertoire gehören“, sagt Dieter Romann, Präsident der Bundespolizei. Auch an den Grenzen zu Dänemark, Tschechien, der Schweiz und Frankreich setzte die Bundespolizei Drohnen ein. gud

G-20-Gipfel Drückebergerin Fegebank

Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank wollte nicht den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan bei seiner Ankunft zum G-20-Gipfel begrüßen. Der G-20-Stab der Hansestadt hatte ursprünglich vorgesehen, dass die Grünen-Politikerin den umstrittenen

Staatschef auf dem Flughafen willkommen heißt. Das wäre zwar eine überschaubare Angelegenheit gewesen: ihm die



Fegebank

Hand schütteln, der Ehefrau einen Blumenstrauß überreichen, dann die Erdogans über den roten Teppich zur Limousine geleiten. Allerdings waren Fotos zu erwarten, die Fegebank seit' an Seit' mit dem Verächter der Menschenrechte gezeigt hätten. Und Fegebank hatte da bereits ein Argumentationsproblem: Sie zählte als Senatsmitglied zu den Ausrichtern des Gipfels; ihre Parteifreunde kritisierten

zugleich, dass dieser in Hamburg stattfand. Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD) half der Kollegin aus der Klemme und übernahm den Türken. Und so begrüßte Fegebank am Vorabend des Gipfels erst acht Gipfelgäste auf dem Airport, legte dann eine kurze Erdoğan-Pause ein und empfing anschließend drei weitere G-20-Teilnehmer. Fegebank will den Vorgang nicht kommentieren. klw